

Torsten Bultmann

Heutige Entwicklungstrends an den Hochschulen vor dem Hintergrund früherer ‘Intelligenzdebatten’

Durchaus aktuell: Intelligenz als Massenschicht

In der Konsequenz der großen Klassen- und Sozialstrukturanalyse des IMSF von Anfang der 70er Jahre hielt die Redewendung von der „Intelligenz als neuartiger sozialer Massenschicht“ Einzug in theoretische Analysen und politische Debatten. Damit wurde zunächst auf zwei Phänomene hingewiesen: a) das rasante Wachstum des akademisch qualifizierten Bevölkerungsanteils infolge von Hochschulreform und Hochschulausbau seit Mitte des 60er Jahre und – eng damit verbunden – b) die Bedeutungssteigerung wissenschaftlich qualifizierter Tätigkeiten im Produktions- und Reproduktionsprozess entwickelter kapitalistischer Gesellschaften. Die *internen* Vorgänge an den Hochschulen waren so enger in die gesellschaftlichen Widersprüche einbezogen und ermöglichten neue Akzentsetzungen von fortschrittlicher Politik. Bei alledem ging es folglich nicht nur um die quantitative Dimension dieser Vorgänge. Der Begriff „neuartige Massenschicht“ sollte auch darauf hinweisen, dass die künftigen akademisch qualifizierten Kohorten weder identisch sind mit dem traditionellen Bildungsbürgertum noch mit einer Abteilung der herrschenden Klasse. Die neue und ständig wachsende wissenschaftlich-technische Intelligenz oszillierte in gewisser Weise in einer widersprüchlichen Situation ‘zwischen’ den Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft. Dieser Widerspruch war geprägt von dem Versprechen der Privilegierung (gegenüber nicht-akademischen Berufen) und der Kooptation in gesellschaftliche Führungspositionen auf der einen und der zunehmenden Deklassierung und Annäherung an die lohnabhängige Bevölkerung auf der anderen Seite (seit Mitte der 70er Jahre entsprach dem eine wachsende Akademikerarbeitslosigkeit, die zuvor de facto unbekannt war).

Dieser Widerspruch konnte nun progressiv oder rückwärtsgewandt verarbeitet werden. Er war folglich ein Ansatzpunkt für politische Interventionen und Deutungsangebote, für politische Interessenvertretung auch mit dem Ziel einer progressiven Bewusstseinentwicklung. Aufgrund dieser Analysen entwickelten etwa der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus, der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und später die Teile der Juso-Hochschulgruppen, die sich der Stamokap-Strömung zurechneten, die Strategie der sog. ‘Gewerkschaftlichen Orientierung’ (GO) des Hochschulkampfes. Es handelte sich um einen Ansatz der politischen Selbstorganisation und Interessenvertretung auf der Grundlage niedrigschwelliger (vorrangig) materieller und sozialer Forderungen, die eine breite Mobilisierung ermöglichen sollten und so die Perspektive einer Bewusstseinsentwicklung in Richtung des „Bündnisses mit der Ar-

beiterklasse“ zur Durchsetzung auch der eigenen Interessen politisch befördern.¹ Die GO-Politik entwickelte sich in scharfen Kontroversen zu den Politikangeboten maoistischer Hochschulgruppen, welche die Möglichkeit einer fortschrittlichen Interessenvertretung bezogen auf *alle* Studierenden schlicht leugneten und stattdessen eine Politik des „massenhaften individuellen Klassenverrates“ oder der persönlichen Entscheidung für „den Dienst“ an der Arbeiterklasse (unter Verleugnung der eignen Interessen) propagierten.

Übers.: Studierende in der Bundesrepublik Deutschland 1990 bis 2012 (in Tsd.)			
Jahr	Insgesamt	männlich	weiblich
2012	2.502	1.314	1.188
2011	2.381	1.255	1.126
2010	2.217	1.157	1.060
2005	1.986	1.037	949
2000	1.799	970	829
1995	1.858	1.083	775
1990	1.713	1.047	666

Quelle: Destatis 2013 (Stat. Bundesamt)

Wenn man nun an die damaligen Debatten anknüpfend in unsere Gegenwart springt, lässt sich zunächst feststellen, dass die These von der Intelligenz als ständig wachsender „Massenschicht“ uneingeschränkt richtig war. In der alten Bundesrepublik stieg die Zahl der Studierenden von 247 Tsd. 1960 auf annähernd 1,6 Mio. 1990. Dieses Wachstum hält an (vgl. Übersicht) und hat sich bisher auch gegen alle bildungskonservativen Bestrebungen – über selektive gegliederte Schulsysteme und Aufnahmestopps an Hochschulen – den Zugang zu diesen zu begrenzen, durchgesetzt. Das ist eine positive Entwicklung. Um in etwa die Größenverhältnisse zu illustrieren: Der Begriff der „neuartigen Massenschicht“ kam auf, als Anfang der 70er Jahre 15 bis 20 Prozent eines Altersjahrganges studierten (in der 50er Jahren: 5 Prozent).

¹ Auf die Verkürzungen dieser – im Kern sicher richtigen – Strategie im politischen Alltag kann hier nicht ausführlich eingegangen werden. Die ‚Massenorientierung‘ über breit mobilisierungsfähige materielle, soziale und ökonomische Forderungen war mit der Tendenz verbunden, die ebenso notwendige Auseinandersetzung um die *Funktion* der Intelligenz – und damit auch um die Rolle der Wissenschaft – zu vernachlässigen und so zugleich eine wesentliche *intellektuelle* Dimension der Auseinandersetzung um die Hochschulen. Entsprechend attestierte etwa Heinz Jung dem MSB – in solidarischer Absicht – 1988 ein zu lange vorherrschendes „trade-unionistisches Interessenverständnis“. Vgl. Heinz Jung: Intelligenzanalyse und Interessenbegriff, in: Bundesvorstand des MSB Spartakus (Hg.): Hochschule-Wissenschaft-Gesellschaft im Jahr 2000 – Materialien einer Konferenz des MSB unter Beteiligung des IMSF am 7./8. Mai 1988 in Marburg, S. 25-31, hier S. 26.

Heute liegt in Deutschland die Studierquote etwa bei 50 Prozent, im Durchschnitt der OECD-Länder knapp unter 60 Prozent, in den skandinavischen Ländern studieren mehr als 70 Prozent eines Altersjahrganges. Der Trend hält also an und jede Begrenzung 'nach oben' entspräche einer willkürlichen politischen Setzung. Deswegen wird etwa in der Präambel des 2009 verabschiedeten wissenschaftspolitischen Programms der GEW festgestellt, dass es in den entwickelten kapitalistischen Ländern einen Trend gäbe, dass akademische Qualifikation zur Regelberufsausbildung für die Mehrheit eines Altersjahrganges würde.² Irgendwann werden dann wahrscheinlich auch mal Differenzierungsdebatten über das „Verhältnis“ von Intelligenz und Arbeiterklasse mangels Gegenstand obsolet – wenn die hochspezialisierte Arbeit in Produktion und Dienstleistung des High-Tech-Kapitalismus akademisch qualifiziert ist. Die Polarisierung verlief dann vermutlich im Verhältnis zu denjenigen, die als Subproletariat, neue Unterschicht oder Prekariat langfristig oder dauerhaft von jeglicher Produktion oder gesellschaftlicher Beteiligung ausgeschlossen sind.

Nun verläuft dieser epochale Trend einer Erhöhung des durchschnittlichen gesellschaftlichen Qualifikationsniveaus, der im Kern die Produktivkraftentwicklung widerspiegelt, nicht reibungs- und konfliktfrei. Schon aus den 70er Jahren kennen wir politische Konstellationen, wo eine entsprechende Bildungsexpansion von gegenläufigen – oder gegensteuernden – Versuchen einer stärkeren polarisierenden Segmentierung oder Deklassierung auf akademischen Arbeitsmärkten ebenso wie innerhalb des Hochschulsystems begleitet war.³ Von diesen Strukturveränderungen des Hochschulbereiches soll im Folgenden die Rede sein.

Reaktion: Strukturveränderungen im Hochschulbereich

Seit der Jahrtausendwende etwa findet unter dem Label Bologna Prozess eine Studienreform statt, an der die Kritik seitdem nicht abgeebbt ist. Das Studium soll in zwei konsekutiven Abschnitten – Bachelor und Master – organisiert und gleichzeitig wesentlich stärker formal strukturiert und kontrolliert werden. Es setzt sich immer wieder eine Art Leitbild durch, Wissenschaft als Prüfungsstoff zu organisieren und den Erwerb wissenschaftlichen Urteilsvermögens als permanentes Auswendiglernen und Punktesammeln – was zweifelsfrei so nicht gelingen kann. Der Master entspricht in etwa dem Niveau des traditionellen deutschen Erstabschlusses (Diplom, Magister, Staatsexamen). Nun werden allerdings Masterstudienplätze im Verhältnis zur ersten Studienphase

² GEW, Juni 2009: Wir können auch anders! – Das wissenschaftspolitische Programm der GEW, Frankfurt a. M., S. 7.

³ Anfang der 70er Jahre etwa wurden Einrichtungen der nicht-akademischen gehobenen dualen Berufsausbildung als neuartige Fachhochschulen aufgewertet; eine Art begrüßenswertes akademisches Upgrading. Sie etablierten sich als Einrichtungen mit einem hohen Anteil von sozialen Bildungsaufsteigern, d.h. von Studierenden der ersten Generation. Gleichzeitig war dieser Vorgang ambivalent, da dieser neue Hochschultyp auch dazu dienen sollte, den ‚elitären‘ Charakter der Universitäten als Stätten des traditionellen Bildungsbürgertums zu bewahren. Das ist allerdings bis heute nicht gelungen, da etwa zwei Drittel aller Studierenden sich an Universitäten immatrikulieren.

künstlich knapp gehalten und mit hohen Zulassungshürden versehen, so dass nicht alle der 70 bis 80 Prozent der Studierenden, die laut mehrfachen repräsentativen Befragungen den Master anstreben, einen Studienplatz bekommen. Erkennbar ist das bildungsökonomische Motiv einer administrativen Absenkung des durchschnittlichen akademischen Qualifikationsniveaus: man bildet mehr Studierende aus als jemals zuvor, senkt aber gleichzeitig das Ausbildungsniveau. Diese Auseinandersetzung ist allerdings noch nicht entschieden.⁴

Würde die Verknappung der Studienplätze in der zweiten Phase allerdings beibehalten, gewönne ein Masterstudium zwangsläufig ein symbolisch aufgewertetes elitäres Image. Derartige Versuche einer stärkeren internen hierarchischen Differenzierung der Hochschulen werden auch durch andere strukturpolitische Maßnahmen gefördert. Selbst wer sich nicht für Hochschulpolitik interessiert dürfte zumindest als Zeitungsleser mitbekommen haben, dass es seit 2007 ein Novum in der deutschen Hochschullandschaft gibt: Deutschland hat neuerdings „Eliteuniversitäten“, wie sie bisher eher aus dem angelsächsischen Wissenschaftsraum bekannt waren. Genauer: Derzeit gibt es elf solcher „Eliteuniversitäten“ bei insgesamt knapp über 100 Universitäten und Technischen Universitäten (TUs). Kein Witz ist leider, dass zu diesem Club der Auserwählten (= Elite) auch die 1971 gegründete ehemalige Reformuniversität Bremen (Gründungsmotto: „Wissenschaft im Arbeitnehmerinteresse“) gehört. Plastischer lässt sich die Revision der ersten Hochschulreform kaum illustrieren.

Die Rede ist von der „Exzellenzinitiative“.⁵ Diese beruht vordergründig auf einer Bund-Länder-Vereinbarung zur „Förderung der universitären Spitzenforschung“ aus dem Jahre 2005.⁶ Für einen Förderzeitraum von fünf Jahren (2012-2017) werden dafür Zusatzfinanzen von 2,4 Mrd. Euro ausgelobt und wettbewerblich verteilt. Allerdings ist dies ein Pseudo-Wettbewerb, dessen Ergebnisse ziemlich vorhersehbar waren und weitgehend – so die Kritiker – einer Verteilung nach dem Matthäus-Prinzip entsprachen. Anders gesagt: die relativ reichsten Universitäten teilten auch das Gros der Exzellenzfinanzen unter sich auf. Dies vollzieht sich vor dem Hintergrund, dass das deutsche Hochschulsystem – unwidersprochen und von niemandem bestritten – in seiner Grundfinanzierung für seine gesetzlichen Aufgaben seit mehr als drei Jahrzehnten strukturell unterfinanziert ist. Erhebliche finanzielle Zuwächse auf mittlerweile 25 Prozent des

⁴ Die SPD verspricht in ihrem Bundestagswahlprogramm 2013, Masterstudienplätze für alle, die einen solchen wollen, zur Verfügung zu stellen.

⁵ Zu den technischen Einzelheiten des Programms, seinen Begründungsmustern und zur Kritik vgl. Torsten Bultmann: Die Exzellenzinitiative – Ungleichheit als politisches Programm; in: *Forum Wissenschaft* 2-2012, S. 38-41 (<http://www.bdwi.de/forum/archiv/archiv/6029117.html>).

⁶ Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass die Ursprungsidee für dieses Programm (Aufbau von „Eliteuniversitäten“) einer Klausurtagung der SPD-Bundestagsfraktion im Januar 2004 entstammt. Zynisch gesagt: Man darf es durchaus für konsequent halten, dass wir der rot-grünen Regierungszeit nicht nur den zweitgrößten Niedriglohnssektor Europas, sondern auch ein Eliteförderprogramm für die Hochschulen verdanken; gewissermaßen als zwei Seiten derselben Medaille. Die „Exzellenzinitiative“ wäre dann die bildungspolitische Entsprechung der Ungleichverteilung des gesellschaftlichen Reichtums.

Gesamtbudgets der Hochschulen (2011) gab es allerdings auf dem Gebiet der ebenfalls wettbewerblich verteilten Drittmittel für befristete Projektforschung.⁷ Die „Exzellenzinitiative“ setzt diese Verteilungslogik einerseits fort und markiert zugleich ein „Bruch“ mit dieser bisherigen Logik. Antragsberechtigt in traditionellen Drittmittelverfahren sind einzelne Professor_innen, denen dann Erfolge oder Misserfolge ihrer Forschung *individuell* zugerechnet werden. Antragsberechtigt in der „Exzellenzinitiative“ sind erstmalig und ausschließlich die Universitäten selbst, vertreten durch ihre Leitung. Die Verleihung der Prädikate „Exzellenz“ und „Elite“ soll offenbar eine symbolische Prestigesteigerung der kompletten Institution befördern, auf diese Weise weitere finanzielle Zuwächse, nicht zuletzt aus dem Privatsektor, generieren und last not least eine hervorgehobene Premium League von Hochschulen nach angelsächsischem Vorbild konstruieren. Die in dem Programm nicht erfolgreichen Hochschulen, und das ist die überwiegende Anzahl, werden so automatisch in den Status der Zweitklassigkeit befördert, ihre Unterfinanzierung erscheint als legitim.

Bildungspolitische Konsequenzen

Sollte sich diese Logik durchsetzen – und das ist noch keineswegs der Fall (s. u.) – hätte dies erhebliche bildungspolitische, wissenschaftskulturelle und nicht zuletzt auch arbeitsmarktpolitische Konsequenzen einer zunehmenden Ungleichbewertung wissenschaftlicher Qualifikationen. In der hiesigen Bildungstradition, im Prinzip schon seit der preußischen Universitätsreform (1810), gelten alle Universitäten, so verschieden sie in ihren fachlichen Schwerpunkten auch waren, als grundsätzlich gleichrangig und gleichwertig – nicht zuletzt in ihrem Anspruch auf staatliche Finanzierung.⁸ Die wesentliche akademische Konkurrenz vollzog sich zwischen den einzelnen Lehrstühlen. Die Professoren identifizierten sich mit ihrem Fach und nicht mit ihrer Uni. Ein Hochschulabschluss definierte sich über die Profession, nicht über den Ort, wo man diese erworben hatte. Man war in erster Linie Diplomingenieur, gleichgültig ob man dies an der TH Aachen oder der TU Braunschweig geworden war. Künftig könnte dies ein Unterschied ums Ganze sein (Aachen ist „Eliteuniversität“, Braunschweig in allen Rankinglisten ziemlich weit unten). In den USA etwa ist es ziemlich egal, was man studiert hat, entscheidend ist vielmehr: wo. Dies bestimmt den sozialen Status. Hierzulande gibt es (noch zurückhaltend zu interpretierende) Indikatoren dafür, dass sich Studienplatzbewerber aus bildungsnahen Familien bei der Studienortwahl zunehmend an der Rankingplatzierung der jeweiligen Hochschule bzw. an deren Erfolgen in der „Exzellenzinitiative“ orientieren.

⁷ 60 Prozent der Drittmittel konzentrieren sich allerdings auf 20 top-gerankte Unis, die wiederum 80 Prozent der zusätzlichen Exzellenzmittel unter sich aufteilen.

⁸ Diese Situation der Gleichwertigkeit der Hochschulen kam natürlich der politischen Interessenvertretung etwa in den 70er Jahren entgegen. Alle Studierenden – ungeachtet ihrer unterschiedlichen Herkunft – waren in einer vergleichbaren Situation, so dass es auch leichter war das *Gemeinsame* in politischen Programmen und Forderungen heraus zu stellen.

Deren neuartige Wissenschaftsförderlogik ist bis weit in konservative Wissenschaftsverbände und die Hochschulrektorenkonferenz hinein noch heftig umstritten. Viele haben natürlich den Braten gerochen, dass es sich dabei in erster Linie um ein *verteilungspolitisches* Programm handelt, dessen Hochleistungsrhetorik lediglich die ideologische Legitimationskulisse dafür produziert, finanzielle Zuwächse an wenigen (Elite-)Standorten zu konzentrieren und die 'restlichen' Einrichtungen, wo der Lehrbetrieb periodisch zusammenbricht und ganze Institutsgebäude wegen Baufälligkeit gesperrt sind, im Zustand der Defizitfinanzierung zu belassen.

Auf den 'Widerstand' von Professoren sollte man sich allerdings politisch nicht allein verlassen. Die Eliteförderprogrammatik ist natürlich auch ein Spaltungsversuch im Hinblick auf die wissenschaftlich-technische Intelligenz und deren Vorform, die Studierenden, als soziale Gruppe. Man könnte dies auch als defensive Reaktion konservativer Kreise auf die zunehmende Vergesellschaftung der Wissenschaft im High-Tech-Kapitalismus umschreiben, um die gesellschaftlich notwendige – und politisch mögliche – Konsequenz einer weiteren sozialen Öffnung der Hochschulen, der materiellen Absicherung eines hohen Bildungsniveaus für alle und – last not least – der Demokratisierung der Wissenschaft zu verhindern. Damit ist zugleich das Gegenprogramm zur herrschenden Politik in seinen Eckpunkten beschrieben, wie es in neue Ansätze einer *allgemeinen* politischen Interessenvertretung an Hochschulen und, so vermittelt, bezogen auf die gesamte soziale Gruppe der Intelligenz einließen müsste.